

die Zeit immer stärker werdende radioaktive Verseuchung großer Teile der betroffenen Gewässer sei ökologisch nicht vertretbar. Da in den betroffenen Gebieten Fischfang betrieben wird, bestehe die Gefahr, daß die Radionuklide über die Nahrungskette auch in den Menschen gelangen.

Weitere acht Staaten folgten dem Beispiel der Bundesrepublik Deutschland und versenkten bis 1982 an acht Stellen ebenfalls ihre-radioaktiven Abfälle im Meer.

Daher ist es erforderlich, so die SPD-Bundestagsfraktion, daß die lagernden Fässer auf konkrete Strahlung hin untersucht werden, um so Strahlenquellen den Verursachern direkt zuordnen und sie so in ihre Verantwortung übergeben zu können. Darüber hinaus müsse Klarheit darüber herrschen, ob und wie schadhafte Abfallbehälter geborgen und sicher entsorgt werden können oder welche anderen Möglichkeiten bestehen, um eine weitere Emission von Radioaktivität zu verhindern. ●

Atommüll

„Vier potentielle Endlager bis 2013“

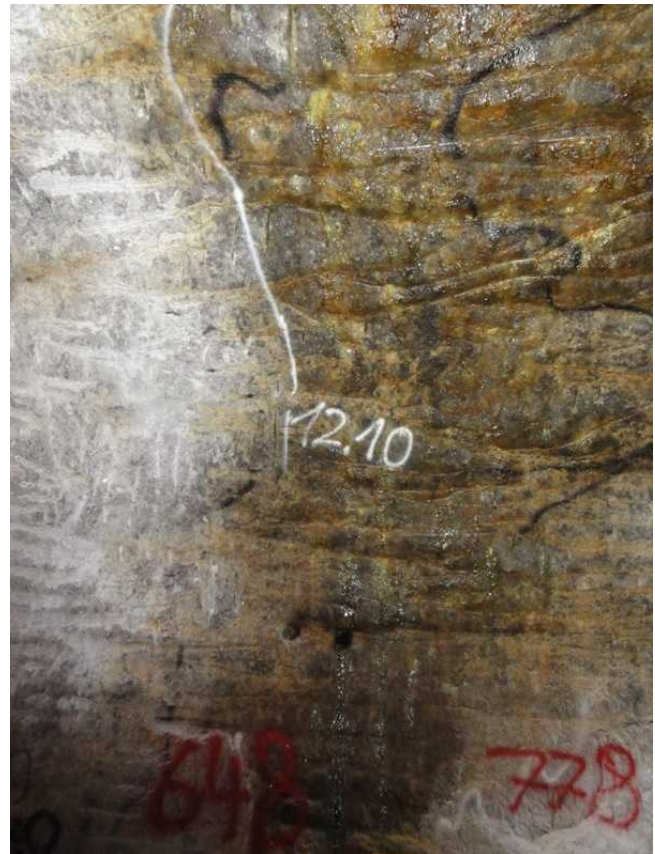
„Würden Sie hier Atommüll einlagern?“ Das fragt die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). Der japanische Journalist Taichiro Kajimura hatte zusammen mit einer Besuchergruppe am 16. Juni 2011 das sogenannte Erkundungsbergwerk in Gorleben besichtigt und spektakuläre Fotos mitgebracht, die er der Bürgerinitiative jetzt zur Verfügung stellte. „Neben den bekannten geologischen Mängeln des Salzstocks, den Gaseinschlüssen und dem Wasserkontakt, leckt hier auch noch Öl aus der Salzwand“, erklärt BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Auf einem Bild ist auch ein Gasdruck-Meßgerät zu sehen. „Über Gorleben wissen wir so viel, daß eine weitere ‚Erkundung‘ dort keinen Sinn macht.“

Gorleben bleibt trotz Neustart

Bei der Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Müll gibt es angeblich einen Neuanfang. In einem ergebnisoffenen Verfahren soll nach neuen Standorten gesucht werden, während

Gorleben weiter erkundet wird. Darauf einigten sich Vertreter der 16 Bundesländer, die sich am 11. November 2011 mit Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) in Berlin trafen. Bis zum Sommer 2012 wollen sie einen entsprechenden Gesetzentwurf erarbeiten.

„Wir beginnen mit einer weißen Landkarte, es gibt keine Tabus“, erklärte Röttgen nach der zweistündigen Beratung mit den Ländervertretern. Man wolle ein transparentes Verfahren entwickeln, bei dem auf Bürgerbeteiligung gesetzt werde und das wissenschaftlich fundiert sei. Hierzu werde eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die sich aus Vertretern des Bundes sowie von acht Bundesländern, darunter Bayern und Niedersachsen, zusammensetzen soll. Die Arbeitsgruppe sollte sich noch im November 2011 erstmals treffen. Für Dezember sei eine erneute Plenarrunde ähnlich der vom 11.11. geplant. Ziel sei es, bis zum Sommer 2012 ein Endlagersuchgesetz zu erarbeiten, über das Bundestag und Bundesrat abstimmen sollen.



Die Erkundung des Salzstocks Gorleben soll laut Röttgen allerdings nicht eingestellt werden. Der baden-württembergische Ministerpräsident Win-

fried Kretschmann (Grüne) zeigte sich erfreut über die Ergebnisse des Treffens. Er hatte Gorleben schon im Vorfeld nicht als Option ausge-

geschlossen. Das widerspricht der Beschlußlage seiner Partei, die in ihrem Aufruf zu den Gorleben-Protesten verkündete: „Der Bau des Endlagers in Gorleben muß sofort beendet werden. Gorleben als Endlagerstandort ist geologisch ungeeignet und politisch verbrannt.“

Der niedersächsische Ministerpräsident David McAllister (CDU) sprach von einem „sehr ambitionierten Verfahren“. Er hatte sich in einem offenen Brief an Röttgen eindeutig für die Rückholbarkeit von Atommüll ausgesprochen. Damit wendet sich die niedersächsische Landesregierung von Gorleben als Standort ab, weil Atommüll aus dem Salzgestein in Gorleben nicht zurückgeholt werden kann. Granit-Gesteinsformationen sollen nun doch als mögliche Endlagerstätten untersucht werden. Dagegen hatte sich zuvor der baden-württembergische Umweltminister Untersteller (Grüne) gewandt. Derartige Granitgesteine finden sich vor allem in Bayern und Sachsen. Der bayerische Umweltminister Marcel Huber (CSU) sprach sich am 11. November 2011 ebenfalls für eine ergebnisoffene Suche aus. Sein Land hatte zuvor strikt auf dem Standort Gorleben beharrt.

Seit über dreißig Jahren wird nur der Salzstock im niedersächsischen Gorleben auf seine Endlagertauglichkeit hin erkundet. Opposition und Umweltverbände zweifeln seit langem an der Eignung des Standortes.

Hinter der Initiative des Bundesumweltministers Norbert Röttgen (CDU), nun die Endlagersuche auch auf andere Standorte zu erweitern, sieht die BI in Lüchow-Dannenberg in erster Linie den Versuch, Gorleben „gerichtsfest“ zu machen. „Seit Jahren warnt das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) davor, daß ohne Vergleichsstandorte Gorleben in einem atomrechtlichen Genehmigungsverfahren schei-

tern würde, weil nur ein Vergleich Stand von Wissenschaft und Technik ist“, sagte Ehmke. Daß in Gorleben weitergebaut wird, aber erst im Sommer 2012 ein Endlagersuchgesetz beschlossen werden soll, deutet darauf hin, daß Gorleben unverändert der Wunschstandort für die Regierung ist. ●

Atomwirtschaft

Universitäten über Stiftungsprofessuren von der Atomlobby unterwandert

Die vier größten deutschen Energiekonzerne finanzieren nach Informationen der Frankfurter Rundschau an Universitäten bundesweit rund 30 Stiftungsprofessuren, die zum Teil für Studien zur Debatte um die Kernenergie, den Atomausstieg und die Kosten erneuerbarer Energie bekannt sind. Darauf wies Matthias Thieme am 2. November 2011 in einem Beitrag im Wirtschaftsforum der Frankfurter Rundschau hin.

Die Konzerne haben sich demnach bei der Finanzierung von Professuren weitgehend auf regionale Zuständigkeiten geeinigt: EnBW engagiert sich in Baden-Württemberg, Vattenfall in den neuen Bundesländern, RWE in Aachen und Eon in München.

Allein der Energiekonzern EnBW hält dem Bericht zufolge elf Stiftungsprofessuren an deutschen Hochschulen. Eon stiftete etwa für das Forschungsinstitut für Energie der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen 40 Millionen Euro und finanziert damit gleich fünf Professuren des Instituts. Einer davon ist Bruno Thomaske, Professor für das Fach „Nuklearer

Brennstoffkreislauf“, bekannt durch seinen früheren Wechsel vom Bundesumweltministerium zu Vattenfall. Heute liefert er entscheidende Gutachten für die Bundesregierung über das Atomendlager Gorleben.

Bei einigen wichtigen Projekten fördern die Atomkonzerne aber auch gemeinsam: Eon, RWE, Vattenfall und RAG finanzieren etwa die Stiftungsprofessur des energiewirtschaftlichen Instituts der Universität Köln (EWI), berichtet Thieme. Was das bedeutet, sei im vergangenen Jahr deutlich geworden, als das EWI zusammen mit anderen Instituten von der schwarz-gelben Bundesregierung den Auftrag erhielt, die Zukunft der deutschen Energieversorgung zu untersuchen.

Eon und RWE zahlten demnach über fünf Jahre verteilt jeweils vier Millionen Euro an die „Gesellschaft zur Förderung des EWI“, die das Institut trägt. Im Verwaltungsrat des Instituts stellten RWE und Eon jeweils eines von sieben Mitgliedern. Manager beider Unternehmen sitzen auch der Fördergesellschaft vor, erklärt Thieme: Chef des energiewirtschaftlichen Instituts ist Marc Oliver Bettzüge, der bis 2007 für das Beratungsunternehmen Boston Consulting Group (BCG) tätig war und dort vornehmlich das Top-Management europäischer Energiekonzerne beraten hat. „Bettzüge steht damit für einen gelungenen Brückenschlag zwischen Wissenschaft und Praxis“, so die Universität Köln bei seiner Ernennung zum Professor.

Das sehen jedoch nicht alle so: „Das EWI sieht nach einem getarnten Subunternehmen von Eon und RWE aus“, erklärte die Vizefraktionschefin der Grünen im Bundestag, Bärbel Höhn. „Die Bundesregierung braucht wohl ein abhängiges Institut, damit man die Atomkraft schönrechnen kann“, sagte Höhn. Mit der Finanzierung von über 30

Stiftungsprofessuren versuchten die Energieversorger, die öffentliche Debatte zu beeinflussen.

Ein weiteres Beispiel sei die halbstaatliche Deutsche Energieagentur (Dena) mit ihrem Vorsitzenden Stefan Kohler. „Die Dena lebt entscheidend vom Geld der Energiekonzerne und ist beliebte Abspielstation für Eon und RWE“, kritisiert Höhn. So habe die Dena drastisch steigende Kosten durch höhere Strompreise nach dem Atomausstieg prognostiziert. Die Dena gab auf Anfrage zu den Vorwürfen keine Stellungnahme ab. Man habe es auch deshalb verstärkt mit verdeckten PR-Aktivitäten und Meinungsmache zu tun, weil die Atomkonzerne kaum noch als glaubwürdig wahrgenommen würden, sagte Höhn.

Zumindest die Universität Clausthal-Zellerfeld habe kein Problem, sich durch die Gesellschaft für Nuklear-Service unterstützen zu lassen, so Thieme. Das Geschäftsfeld der Gesellschaft ist die Entsorgung für radioaktiven Abfall, das Thema der Stiftungsprofessur ist die Endlagerung. ●

Atompolitik

EURATOM-Ausstieg jetzt auch für Deutschland gefordert

Nachdem in Österreich bereits seit Jahren der Ausstieg aus der Europäischen Atomfördergemeinschaft Euratom propagiert wird, hat die Grüne Bundestagsfraktion nun am 8. November 2011 einen Antrag an die Bundesregierung zur Beendigung der Euratom-Förderung beschlossen. Ein gemeinsamer Antrag mit der SPD kam nicht zustande, da die SPD nicht bereit war, von Euratom abzurücken, erklärte